Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 9. Juni 1932 | Nummer 133

Neue Notverordnungsflut

Unerhörter Angriff auf Lohn und Gehalt. Erwerbslosenunterstützung wird auf Wohlfahrts-Niveau gesenkt. Nazis tragen die volle Verantwortung für kommende Notverordnungen. Entfesselt den Massenkampf der Antifaschistischen Aktion

Der Sturmangriff der Papen-Schleicher-Regierung auf die Betriebsbelegschaften und die Millionen Arbeitslosen beginnt. Wir haben bereits im gestrigen Leitartikel angekündigt, in welchem Ausmaß der Hungerfeldzug gegen das geeinte Deutschland von der reaktionären Regierung durchgeführt werden soll. Zur Stunde berät das Reichskabinett über die Notverordnungen, die am Montag oder Dienstag erlassen werden. Die Einzelheiten, die darüber durchsickern, verraten ungeheuerliche Pläne.

Der Kreuzzug gegen die Belegschaften beginnt mit der Beschäftigtensteuer, die für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten nichts als ein Lohn- und Gehaltsabbau ist. Sie wird entweder 1 oder 1,5 Prozent betragen. Aber es bleibt nicht dabei. Die Verdoppelung der Bürgersteuer wird kommen und damit ein neuer Abzug vom Lohn und Gehalt.

Was die Kürzung der Arbeitslosenbezüge anbetrifft, so soll sie noch weiter gehen als schon die Brüning-Regierung es plante. Den Kapitalisten, ihren Generalen und Freiherren ist das, was die Erwerbslosen haben, noch zuviel. Der Kurs ihres Kabinetts geht dahin, die Arbeitslosenunterstützung auf das Hungerniveau der Wohlfahrt herunterzupreisen. Die neue Notverordnung wird in dieser Richtung schärfsten Abbau verfügen.

Ist es eine unumstößliche Tatsache, daß den Aermsten der Armen das trockene Brot vom Tisch genommen wird. Beispielhaft erhellend muß die Folge dieser Regierungsmaßnahmen sein. Tun macht die Regierung der SA-Wiedergeburt. Das besorgen die Schleicher und Papen fertig, die von den Nazihuhnern [illegible] erntet. Wir werden aber Hitlerbande nicht entlassen aus der Verantwortung für das, was an sozialreaktionären Maßnahmen geschieht, von Schleicher und Papen abzumalzen. Der Völkische Beobachter geifernd schreibt:

„In dieser Reichstagswahl kann nicht abgeurteilt werden über die Taten einer Regierung, deren Arbeit kaum begonnen hat".

Wollen die Hitler-Goebbels sich gewaltig täuschen. Ja, die Regierung beginnt ihre Arbeit erst, aber sie beginnt schon mit Notverordnungen, während die Millionäre weiter im [illegible] schweigen können. Gerade über die Taten dieser Regierung wird abgeurteilt werden (wobei wir Brünings [illegible] SPD-Bundenkonten nicht vergessen werden). Und nichts [illegible] geschenkt! Sie tragen für jede einzelne Maßnahme des Adelskabinetts die volle Verantwortung!

Inzwischen appelliert der Vorwärts an — Hindenburg gegen Papen! Wir appellieren an die Arbeiter. Sie müssen der [illegible] Offensive der Bourgeoisie kühne Kämpfe, Einzelkämpfe bis zur Entfachung politischer Streiks und Massenkämpfe, entgegensetzen. So gebietet es die Situation. Sie müssen die rote Einheitsfront nicht nur in Entschließungen fordern, sondern in der Tat herstellen. So gilt es zu handeln, um den Feind zu schlagen!

Preußen gibt das Beispiel

Gehaltskürzung und indirekte Steuern durch Notverordnung

Die geschäftsführende Preußenregierung hat gestern, nachdem der Sozialdemokrat Braun der Verantwortung entzogen worden ist, sofort eine Notverordnung zu erlassen, durch die der Haushaltplan ausgeglichen werden soll. Angesichts dessen, daß auch im Sächsischen Landtag gegenwärtig die Beratung des neuen Etats beginnt, ist es für die Arbeiter, Angestellten und Beamten wichtig zu wissen, mit welchen Maßnahmen die sozialdemokratische Preußenregierung der Papen-Schleicher-Regierung im Reiche vorangeht.

Die Notverordnung des preußischen Staatsministeriums setzt erstens die Freigrenze für die Hauszinssteuer von 1200 auf 800 Mark Jahreseinkommen zurück, so daß praktisch nur noch ein Teil der Wohlfahrtsempfänger von dieser Steuer befreit ist. Zweitens wird ab 1. Juli eine Vieh- und Schlachtsteuer eingeführt, in deren Folge die Preise für Fleisch und Wurstwaren steigen werden. Das Fleisch in den proletarischen Haushalten wird danach noch teurer werden.

Drittens bringt diese Notverordnung schließlich den Sparzwang für alle Beamten und Angestellten, die ab 1. Juli 2½ v. H. für Verheiratete und 5 v. H. für Ledige abgezogen bekommen. Angeblich soll dieser einbehaltene Betrag vom Gehalt ab 1937 wieder rückzahlbar sein, und deshalb die Bezeichnung „Zwangssparkasse" tragen. In der Praxis aber ist es ein umschriebener Gehaltsabbau, da natürlich gar nicht daran gedacht wird, das Geld zurückzuzahlen.

So trifft das Preußenkabinett des „sozialen Fortschritts" die Hungermaßnahmen in der Linie der Reichsregierung.

Länderkonferenz in Berlin

Wahrscheinlich hat die Papen-Schleicher-Regierung die Absicht, die übrigen Länder des Reiches auf den Weg der Preußenregierung zu verweisen. So soll am Sonnabend in Berlin eine Länderkonferenz stattfinden, die der Reichskanzler von Papen einberufen hat. Auf dieser Konferenz sollen hauptsächlich finanzielle Fragen behandelt werden. Die Länderkonferenz wird also in der Richtung Preußens neue Belastungen für die Werktätigen bringen.

Erwerbslosenelend steigt

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai verringerte sich in dieser Zeit — dem Höhepunkt der Saisonkonjunktur — die Zahl der Arbeitslosen im Reich um nur 92 000. Damit beträgt die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen im Mai 5 582 000, das sind 1½ Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bezeichnenderweise hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nicht ab-, sondern zugenommen. Sie ist gegenüber Ende April um 67 000 auf 2 086 000 gestiegen.

Internationaler Solidaritätstag!

Am 12. Juni Massen auf die Straße!

Die Faschisten künden für Sonntag uniformierte Aufmärsche ihrer Terrorbanden an. Nachdem die Regierung der Barone, Junker und Generale das SA-Verbot aufgehoben haben wird, plant die Führung der Hitlerpartei provokatorische Aktionen gegen die Arbeiterschaft. Die uniformierten Hilfstruppen der Sklavenherrschaft des Kapitalismus sollen die Arbeiter niederschlagen, das Proletariat einschüchtern, damit die Junker, Chemie- und Waffenkönige weiteren Abbau der Sozialbeiträge, weiteren Abbau der Löhne und Gehälter, weitere Notverordnungen gegen die Arbeitenden durchführen können.

Die Arbeiter des roten Sachsen werden den Nazigarditen des Kapitalismus beweisen, daß sie nicht die Herren der Straße werden. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft Sachsens auf, zusammenzustehen zum gemeinsamen Kampf zur Abwehr aller Provokationen und zur Niederringung der Diktatur der Bourgeoisie und des Hakenkreuzterrors.

Wir appellieren an die sozialdemokratischen Arbeiter, an die Arbeiter im Reichsbanner und in den Gewerkschaften, mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern aufzumarschieren zur gemeinsamen Front gegen den Faschismus!

Uns alle bedroht der Terror, bedrohen und bedrücken die neuen Massenteuerungen, der Unterstützungsabbau.

An unserer gemeinsamen Front wird jeder Terror zerbrechen, gegen unsere gemeinsame Front kann keine Diktaturherrschaft bestehen!

Der 12. Juni — der Tag der internationalen Solidarität — muß im Zeichen des Massenaufmarsches gegen den Faschismus stehen!

Massen auf die Straße!
Für die Antifaschistische Aktion!
Gegen die Sozialreaktion!
Fort mit der Regierung der Junker, Generale und der Schwerindustrie!
Nieder mit den Mordbanden der Nazis!
Brot, Arbeit, Freiheit für das Proletariat!

Bezirksleitung Sachsen der KPD.

Antikommunistische Lügen

Das Zentralkomitee der KPD teilt mit:

Im Berliner Tageblatt vom 8. Juni und anderen bürgerlichen Zeitungen wird eine Meldung unter der Ueberschrift „Gerüchte über Aktionspläne der KPD" wiedergegeben. Nach dieser Meldung wird das Gerücht verbreitet, daß die Kommunistische Partei „Hungermärsche und Geschäftsplünderungen von Arbeitslosen organisiere". Das Zentralkomitee der KPD erklärt dazu, daß alle derartigen Gerüchte zu den üblichen Verleumdungen gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung gehören. Mit derartigen Schwindelnachrichten soll die Stimmung für Repressalien gegenüber der KPD vorbereitet werden.

Die Kommunistische Partei hat es nicht nötig, irgendwelche geheimnisvollen „Aktionen" zu organisieren. Sie setzt alle ihre Kräfte in voller Oeffentlichkeit dafür ein, entsprechend dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 25. Mai und dem Wahlaufruf der Partei vom 5. Juni, **die Massen des Proletariats und der Werktätigen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion zur roten Einheitsfront zusammenzuschweißen.** Das Ziel der Antifaschistischen Aktion ist die Organisierung des **Massenkampfes** der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen und Werktätigen aller Schichten **gegen die geplanten faschistischen Maßnahmen der Regierung, der Einsatz der Massen gegen jeden Versuch des Hitlerfaschismus, zur Macht zu gelangen, und die entschlossene Abwehr des faschistischen Mordterrors.**

Alle unsinnigen Gerüchte über „Geschäftsplünderungen der KPD" usw. sind dazu bestimmt, im Interesse des Faschismus den antifaschistischen Kampf der KPD zu beeinträchtigen.

Telegramm

an alle erwerbslosen Arbeiter und Angestellten, Betriebsarbeiter und Gewerkschaftskollegen!

Regierung der Junker, Barone und Generale kündigt reaktionäre Notverordnungen für die nächsten Tage an. Inhalt: Abermaliger Unterstützungsabbau. Einschränkung der Unterstützungsdauer ist weiterer Schritt zur völligen Liquidierung der Sozialversicherung. Weitere reaktionäre Maßnahmen sind: Beschäftigtensteuer, Verlängerung der Krisensteuer, Arbeitsdienstpflicht.

Klassengenossen! Das Maß ist voll! Schluß mit jedem weiteren Lohn- und Unterstützungsabbau. Die Lebensinteressen aller Arbeiter und ihrer Familien erfordern in dieser Stunde Einheitsfront des Proletariats gegen die reaktionären Maßnahmen der Papen-Regierung, gegen die Nazis, die Terrorpartei der Junker, Barone und Generale. Mobilisiert die Stempelstellen und Betriebe, nehmt Stellung in den Gewerkschaften, organisiert Erwerbslosen- und Belegschaftsversammlungen. Kämpft in den Kommunen für Weiterzahlung der bisherigen Unterstützungssätze. Uebertragt Führung des Kampfes den von den Erwerbslosen gewählten Erwerbslosen-Einheitsausschüssen. Schafft gegen den Nazi-Terror Schutzstaffeln!

Gemeinsamer Kampf in Antifaschistischer Aktion ist allerorts die beste Abwehr gegen Hunger und Faschismus.

Reichskomitee der RGO. Reichsausschuß der Erwerbslosen.